

Preussische Gesetzsammlung

1938

Ausgegeben zu Berlin, den 21. April 1938

Nr. 10

Tag

Inhalt:

Seite

13. 4. 38. Mittelschulfinanzgesetz	59
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	62

(Nr. 14435.) Mittelschulfinanzgesetz. Vom 13. April 1938.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt.

Träger der Schullasten.

§ 1.

(1) Die Unterhaltung der öffentlichen mittleren Schulen liegt den Schulträgern ob. Der Staat beteiligt sich an den persönlichen Kosten (§ 7) und gewährt leistungsschwachen Schulträgern Beihilfen (§ 15).

(2) Schulträger im Sinne dieses Gesetzes sind die Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit nicht andere Schulträger (Stiftungen u. a.) vorhanden sind.

Zweiter Abschnitt.

Persönliche Kosten.

§ 2.

(1) Zum Ausgleich der persönlichen Kosten sind die Schulträger zu einer Landesmittelschulkasse zusammengeschlossen. Die Landesmittelschulkasse dient gleichzeitig dazu, die Beteiligung des Staates an den persönlichen Kosten durchzuführen.

(2) Die Landesmittelschulkasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes. Sie hat ihren Gerichtsstand in Berlin.

§ 3.

Die Landesmittelschulkasse wird durch den Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister verwaltet und vertreten. Die laufenden Geschäfte führen die Regierungspräsidenten, in der Reichshauptstadt Berlin der Stadtpräsident. Die Kassengeschäfte übernehmen die staatlichen Kassen.

§ 4.

Die Landesmittelschulkasse leistet folgende Ausgaben:

- a) die Dienstbezüge der Lehrer, die in Schulstellen angestellt sind oder in freien Schulstellen voll beschäftigt werden;

- b) die Dienstvergütungen der Verwalter von Schulstellen, deren Inhaber im Dienststrafverfahren vorläufig vom Dienste enthoben sind, wenn deren Vertretung durch Lehrer desselben Schulträgers nicht möglich ist;
- c) die Dienstvergütungen der Verwalter von Schulstellen, deren Inhaber zu militärischen Übungen oder für Zwecke der NSDAP, ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände nach den hierüber bestehenden Vorschriften mit Gehalt beurlaubt sind, wenn deren Vertretung durch Lehrer desselben Schulträgers nicht möglich ist;
- d) die Ruhegehälter und Wartegelder und die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Lehrern, sofern nicht der Versorgungsfall bis zum 1. April 1920 einschließlich eingetreten ist;
- e) die Notstandsbeihilfen und Unterstützungen der Lehrer, der ausgeschiedenen Lehrer und der Hinterbliebenen von Lehrern;
- f) die Reisekosten und Umzugskosten der Lehrer;
- g) die Beiträge zu den Sozialversicherungen für die Lehrer.

§ 5.

Zu den Zahlgeschäften können die Gemeindefassen unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

§ 6.

Die Landesmittelschulkasse erhält vom Staate einen Staatsbeitrag (§ 7), von der Landesschulkasse (§ 9 des Volksschulfinanzgesetzes vom 2. Dezember 1936 — Gesetzamml. S. 161 —) einen Landesschulkassenbeitrag (§ 8) und von den Schulträgern Stellenbeiträge (§ 9) und Sonderbeiträge (§§ 10 und 11).

§ 7.

Der Staatsbeitrag beträgt 15 vom Hundert der Dienst- und Versorgungsbezüge, Notstandsbeihilfen und Unterstützungen (§ 4 a bis e).

§ 8.

Die Landesschulkasse leistet zum Ausgleich dafür, daß sie für die vor ihrer Übernahme in den Dienst bei den mittleren Schulen an den Volksschulen tätig gewesenem Lehrer Stellenbeiträge (§ 15 des Volksschulfinanzgesetzes) erhalten hat, bei deren Festsetzung auch die spätere Versorgungslast berücksichtigt worden ist, einen jährlichen Beitrag an die Landesmittelschulkasse, dessen Höhe durch Verordnung des Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, des Ministers des Innern und des Finanzministers festgesetzt wird.

§ 9.

Der Geldbedarf der Landesmittelschulkasse wird für jedes Rechnungsjahr durch den Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister festgestellt und, insoweit er durch den Staatsbeitrag (§ 7), den Landesschulkassenbeitrag (§ 8) und die Sonderbeiträge der Schulträger (§§ 10 und 11) nicht gedeckt ist, auf die Schulträger nach der Zahl der Schulstellen umgelegt (Stellenbeiträge).

§ 10.

Soweit den Lehrern neben dem Grundgehälte Besoldungszuschüsse gemäß §§ 7, 12 und § 25 Abs. 3 des Mittelschullehrer-Besoldungsgesetzes vom 30. April 1928 (Gesetzamml. S. 149) gewährt werden, haben die Schulträger neben den Stellenbeiträgen (§ 9) Sonderbeiträge in Höhe der Besoldungszuschüsse zu zahlen.

§ 11.

Schulträger, deren Lehrer den Wohnungsgeldzuschuß der Ortsklasse A oder der Sonderklasse erhalten, haben für jede Schulstelle neben dem Stellenbeitrage (§ 9) einen Sonderbeitrag zu zahlen. Dieser entspricht in seiner Höhe dem Unterschiede zwischen dem einem Lehrer im Anfangsgrundgehalt zu zahlenden Wohnungsgeldzuschusse der Ortsklasse A oder der Sonderklasse und dem einem solchen Lehrer zu zahlenden Wohnungsgeldzuschuß in der Ortsklasse B.

§ 12.

Die Stellenbeiträge und Sonderbeiträge der Schulträger können im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen werden.

§ 13.

Bei Aufhebung einer öffentlichen mittleren Schule scheidet der Schulträger mit dieser Schule aus der Landesmittelschulkasse aus. Die Verpflichtung des Schulträgers zur Zahlung der Beiträge erlischt mit dem Zeitpunkte, zu dem die Schule aufgehoben wird. Von dem gleichen Zeitpunkt ab fallen auch die Leistungen der Landesmittelschulkasse weg. Versorgungsbezüge für ausgeschiedene Lehrer und für Hinterbliebene, die erstmalig zu oder vor dem Zeitpunkte der Auflösung fällig geworden sind, hat die Landesmittelschulkasse weiter zu zahlen.

Dritter Abschnitt.

Sächliche Kosten.

§ 14.

Die Schulträger sind verpflichtet, für ihre Mittelschulen Erneuerungs- und Erweiterungs-rücklagen nach den Vorschriften der Rücklageverordnung vom 5. Mai 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 435) anzufammeln.

Vierter Abschnitt.

Zuschüsse des Staates an leistungsschwache Schulträger.

§ 15.

Der Staat gewährt leistungsschwachen Schulträgern Zuschüsse zur Erleichterung der persönlichen und sächlichen Unterhaltungskosten (Ergänzungszuschüsse). Die Ergänzungszuschüsse betragen 50 vom Hundert des Staatsbeitrags (§ 7).

Fünfter Abschnitt.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 16.

Der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung kann in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister bestimmen, daß die Landesmittelschulkasse in Rechtsstreitigkeiten durch einen Kassenanwalt vertreten wird. Dieser wird von denselben Ministern ernannt.

§ 17.

Das Gesetz tritt am 1. April 1938 in Kraft. Gleichzeitig treten die entgegenstehenden Vorschriften und die nicht mit ihm im Einklang stehenden und sonst überholten Vorschriften außer Kraft. Der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister im Verordnungsweg die danach außer Kraft tretenden Vorschriften verbindlich zu bezeichnen, weiter geltende Vorschriften an den neuen Rechtszustand anzugleichen und in neuer Fassung und Ordnung bekanntzumachen.

§ 18.

Der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erläßt im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister die für die Überleitung und die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Berlin, den 13. April 1938.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Der Ministerpräsident.	Der Finanzminister.	Der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.	Der Minister des Innern.
G ö r i n g.	P o p i z.	R u f f.	F r i e d.

Im Namen des Reichs verkündige ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 13. April 1938.

Der Preußische Ministerpräsident.

G ö r i n g.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 10. März 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Strich für Zwecke der Trinkwasserversorgung der Gemeinde (Gemarkung Mittelheim)
durch das Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden Nr. 13 S. 42, ausgegeben am 2. April 1938;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 15. März 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Verwaltung der Reichstraßen) zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Ruchlow im Zuge der Reichstraße 179 in der Gemarkung Ruchlow
durch das Amtsblatt der Regierung in Frankfurt (Oder) Nr. 12 S. 67, ausgegeben am 26. März 1938;
3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 17. März 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichsfiskus — Heer —)
für die Anlage eines Schießstandes in der Gemarkung Boosßen (Forst)
durch das Amtsblatt der Regierung in Frankfurt (Oder) Nr. 12 S. 67, ausgegeben am 26. März 1938.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.